



Die Oberösterreich-Partei



# OÖVP Asylagenda ehrlich. menschlich. machbar.

Integrationsvereinbarung Schutzbedürftige Integration  
Sprache **Hilfe** Österreichs als Zielland  
Arbeitsmarkt Europa Gastrecht Belastungsgrenze  
Wirtschaftsflüchtlinge Regeln des Zusammenlebens

## **EINLEITUNG**

Um zur Bewältigung der Flüchtlingskrise vernünftige und notwendige Lösungen aufzuzeigen und unsere klaren Positionen zu erläutern, hat die Oberösterreichische Volkspartei (OÖVP) bereits im August 2015 eine eigene „OÖVP-Asylagenda“ beschlossen. Seit diesem Beschluss wurden bereits mehrere Forderungen der OÖVP-Agenda umgesetzt:

Eine Obergrenze bei der Flüchtlingsaufnahme, um unser Land nicht zu überfordern und das soziale Gefüge nicht zu gefährden.

„Asyl auf Zeit“, wonach der Schutz von anerkannten Flüchtlingen nach drei Jahren erneut überprüft wird.

Die Anpassung der Mindestsicherung für befristete Asylberechtigte und subsidiär Schutzberechtigte wird gerade in den Landtagsgremien beraten und ist auf Schiene, damit unser soziales Sicherheitssystem vor Überlastung geschützt wird.

Die OÖVP will die Flüchtlingskrise weiterhin mit Menschlichkeit, Ehrlichkeit und Vernunft bewältigen. Die vorliegende, aktualisierte Fassung der „OÖVP-Asylagenda“ zeigt die nächsten notwendigen Schritte auf, trägt aktuellen Beschlüssen und Ereignissen Rechnung und beinhaltet darüber hinaus auch die nicht-verhandelbaren Positionen der OÖVP zum Thema „Integration“.

## **ASYLPOLITIK MIT MENSCHLICHKEIT UND EHRLICHKEIT**

Der anhaltende enorme Zustrom von Flüchtlingen aus internationalen Krisengebieten bringt unser Land an die Grenzen der Belastbarkeit und macht vielen Menschen Sorgen. Wir nehmen diese Sorgen und Ängste in der Bevölkerung nicht nur ernst, sondern wir reagieren darauf. Insbesondere, da europäische und internationale Lösungen in der Flüchtlingsproblematik nur zögerlich vorangehen, gilt es den eigenen Handlungsspielraum konsequent und auf allen Ebenen aktiv zu nutzen. Oberösterreich bekennt sich zu einer Asylpolitik, die von den Säulen „Humanität“ „Recht“ sowie „Ordnung“ getragen wird. Wir stehen zu unserer christlichen-sozialen Pflicht und helfen Menschen bestmöglich, die vor Krieg und Terror Schutz suchen und deren Menschenrechte elementar gefährdet sind. Es ist eine Frage der Menschlichkeit, alles zu tun, was möglich ist. Aber es ist auch eine Frage der

Ehrlichkeit, dass wir klar sagen, was nicht möglich ist. Fakt ist: Ein kleines Land wie Österreich kann nicht alle Flüchtlinge aufnehmen. „Begrenzung hilft Akzeptanz zu erhalten“, sagte der deutsche Bundespräsident Joachim Gauck beim Weltwirtschaftsforum in Davos. Eine Begrenzung ist moralisch und politisch geboten, um die Handlungsfähigkeit des Staates zu wahren und um die Unterstützung der Bürger für eine humane Aufnahme der Flüchtlinge zu sichern. Und auch der Benediktinerpater Anselm Grün meint zu diesem Thema: „Barmherzigkeit heißt nicht, alles zuzulassen, sondern zu schauen, welche Lösungen auf Dauer für alle gut sind.“

## ASYLWESEN

### **Kriegsflüchtlinge und Schutzbedürftige bekommen unsere Hilfe**

Wir bekennen uns zu einer humanitären und solidarischen Flüchtlingspolitik. Frauen, Kinder und Männer, die durch Krieg und Terror vertrieben oder politisch verfolgt werden und um ihr Leben und ihre Gesundheit fürchten müssen, bekommen selbstverständlich unsere Hilfe. Das hat Oberösterreich bereits in der Vergangenheit, etwa beim Flüchtlingsstrom aus Ungarn oder während des Jugoslawienkrieges und auch im vergangenen Jahr eindrucksvoll bewiesen. Unser kleines Land gibt Schutzbedürftigen menschenwürdige Unterkünfte und Versorgung. Oberösterreich leistet hier bereits Großartiges - vor allem dank der Polizei, der Rettungs- und Hilfsorganisationen, des Bundesheeres und der vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer.

### **Wirtschaftsflüchtlinge und illegale Migranten können wir nicht aufnehmen**

Die Suche nach einem Arbeitsplatz ist kein Asylgrund. Bei Menschen aus sicheren Herkunftsländern, die ihre wirtschaftliche Situation verbessern wollen, darf es gleich gar nicht zu einer Einreise kommen. Dadurch können wir jenen Menschen wirklich helfen, die vor Krieg und Terror fliehen - und gleichzeitig die Solidarität gegenüber den Flüchtlingen innerhalb der Bevölkerung bewahren. Ist kein Schutzbedarf gegeben, muss es zu einer raschen Ausreise kommen. Durch verstärkte Aufklärung in den sicheren Herkunftsländern sollen Menschen davon abgehalten werden, nach Österreich zu reisen. Arbeitssuchende aus dem Ausland müssen die legalen

Möglichkeiten einer Arbeitsmigration im Rahmen der Ausländerbeschäftigungsbewilligung (z. B.: Rot-Weiß-Rot-Karte) wählen.

### **Die Belastungsgrenze ist zu akzeptieren**

Österreich kann den großen Andrang an Asylwerbern nicht alleine bewältigen und nur eine begrenzte Anzahl an Flüchtlingen aufnehmen. Noch einmal 90.000 Asylanträge wie 2015 (entspricht den gesamten Asylanträgen der USA und Kanada zusammen!) würde Österreich 2016 nicht mehr verkraften. Daher bekennen wir uns zur Entscheidung des Bundes, der Länder und Gemeinden, eine Obergrenze bei der Aufnahme von Flüchtlingen einzuführen und diese möglichst rasch umzusetzen. Laut Beschluss sollen demnach 2016 maximal 37.500 Asylanträge in Österreich gestellt werden dürfen. Das ist ein wichtiger Schritt, damit wir jenen, die Hilfe am Nötigsten brauchen, auch künftig helfen können und der gesellschaftliche Zusammenhalt und soziale Frieden nicht gefährdet sind. Die Obergrenze ist auch mit der Genfer Flüchtlingskonvention vereinbar, die besagt, dass die Gewährung von Asyl keinesfalls unzumutbar schwere Belastungen für das asylgebende Land nach sich ziehen darf.

Die Obergrenze ist darüber hinaus ein wichtiges Signal an die EU, endlich eine gemeinsame und gemeinschaftliche Lösung voranzutreiben und die Schengen-Außengrenzen abzusichern. Insbesondere bei der Bewältigung von derart großen und länderübergreifenden Herausforderungen ist die Europäische Union gefordert..

Die Errichtung sogenannter „Hot-Spots“ soll vorangetrieben werden, um die Obergrenzen auch einhalten zu können. Eine Asylantragstellung soll künftig ausschließlich in EU-Hotspots und nicht mehr in Österreich erfolgen. Das entzieht auch Schleppern ihre Geschäftsgrundlage. Bei Asylantragstellung direkt in Österreich soll die Rückführung in EU-Hotspots und sichere Drittstaaten erfolgen. Ein Wunsch-Zielland darf es nicht mehr geben.

### **Europa muss handeln**

Oberstes Ziel bleibt die Absicherung der EU-Außengrenzen und eine faire Aufteilung der Asylwerber auf europäischer Ebene. Es kann nicht sein, dass sich einzelne Länder hier aus der Verantwortung stehlen. Wir fordern die Durchsetzung der

Verpflichtungen aus dem Dublin- bzw. Schengen-Abkommen und einer verbindliche Quote, die sich aus der Bevölkerungszahl sowie aus der Wirtschafts- und Finanzkraft der EU-Mitgliedstaaten ergibt.

### **Österreich schützt seine Bürger**

Solange ein wirksamer Schutz der EU-Außengrenzen nicht gewährleistet ist, ist Österreich dazu verpflichtet, nationale Grenzkontrollen durchzuführen, um einerseits eine geordnete Einreisekontrolle zu gewährleisten und andererseits die innere Sicherheit in unserem Land nicht zu gefährden. Auch das österreichische Bundesheer muss zur umfassenden Sicherung des Grenzübergangs und der Grünen Grenze herangezogen werden. Gerade angesichts der Konflikte vor den Toren Europas und des enormen Flüchtlingsstroms brauchen wir neben einer gut ausgerüsteten, personalstarken Polizei auch ein schlagkräftiges Bundesheer zum Schutz der heimischen Bevölkerung. Dauerhafte Grenzkontrollen innerhalb der EU dürfen aber selbstverständlich nicht das Ziel sein.

### **Senkung der Attraktivität Österreichs als Zielland**

Um die Attraktivität Österreichs als Zielland für Flüchtlinge zu senken und unser Sozialsystem vor Missbrauch und Überlastung zu schützen, forciert die OÖVP eine Anpassung im Bereich der bedarfsorientierten Mindestsicherung (BMS). Dabei handelt es sich nicht um einen Angriff auf die Menschlichkeit, sondern um eine notwendige Maßnahme, um die sozialen Leistungen in unserem Land für die Zukunft und für jene zu gewährleisten, die sie brauchen. Migration darf unser Sozialsystem nicht überlasten und die dauerhafte Absicherung dieses Systems nicht gefährden. Denn das wäre ungerecht denjenigen gegenüber, die schon lange in unsere Sozialsysteme einzahlen.

Wir treten für einheitliche Standards bei der Flüchtlingsversorgung innerhalb der EU-Staaten ein, um Asyltourismus zu unterbinden.

### **Nicht jeder kann dauerhaft bleiben**

Die OÖVP begrüßt das vom Ministerrat beschlossene „Asyl auf Zeit“, wonach der Schutz von anerkannten Flüchtlingen nach drei Jahren erneut überprüft wird. Liegt

kein Fluchtgrund mehr vor, sollen Flüchtlinge wieder in ihre Heimat zurückkehren und beim Wiederaufbau ihres Landes mithelfen. Dadurch werden auch wichtige Impulse gesetzt, damit in den Konflikt – und Bürgerkriegsgebieten für die Menschen wieder eine neue Heimat entstehen kann. Zudem sieht „Asyl auf Zeit“ Einschränkungen beim Familiennachzug, speziell für subsidiär Schutzberechtigte vor. Von Österreich darf nicht das Signal ausgehen, dass jeder, der sein Leben verbessern will, zu uns kommen, auf Dauer bleiben und alle seine Familienangehörigen nachholen kann.

Die Liste sicherer Herkunftsstaaten soll laufend erweitert werden, damit Anträge von Bürgern aus diesen Ländern rasch abgewickelt werden können.

Ausreisepflichtige Asylwerber müssen konsequent abgeschoben werden. Dazu muss es möglichst rasch zu Rückführungsabkommen kommen.

### **Vor den Toren Europas auf Frieden hinwirken**

Wir müssen auf Frieden vor den Toren Europas hinwirken und die Ursachen, die Menschen zur Flucht zwingen, bekämpfen. Die Herkunftsstaaten sollen in ihrem Entwicklungsprozess entsprechend unterstützt werden. Die Lebenssituation in Aufnahmezentren soll verbessert werden, damit sich nicht Menschen aus wirtschaftlichen Gründen auf den gefährlichen Weg nach Europa machen. Dazu wird auch die Bundesregierung aufgefordert, die internationale Entwicklungszusammenarbeit zu stärken.

Im Rahmen des „Save Lives Projektes“ des Innen- und Außenministeriums soll der Aufbau von Asylzentren in Nordafrika weiter forciert werden. In sicheren UNHCR-Zentren sollen hier Erstprüfungen durchgeführt und so gleich vor Ort klargestellt werden können, ob eine Möglichkeit auf Asyl in Österreich und anderen EU-Mitgliedstaaten besteht. Dadurch können wir jene Kapazitäten schaffen, die für Verfolgte und Menschen aus Krisengebieten dringend benötigt werden.

### **Konsequentes Vorgehen gegen Schlepper und Schleuser**

Wir müssen dem Schlepperunwesen konsequent entgegenreten. Wir fordern, dass die rechtlichen Möglichkeiten, die das Fremdenpolizeigesetz mit Freiheitsstrafen von bis zu zehn Jahren bietet, konsequent angewendet werden.

## **INTEGRATION IST PFLICHT**

### **Jeder, der hier leben will, muss unsere Regeln des Zusammenlebens achten**

Oberösterreich ist ein weltoffenes Land mit lebendiger Integration. Das soll auch so bleiben. Deshalb wollen wir Asylwerber und Asylberechtigte auf allen Ebenen unterstützen, damit sie sich in unsere Gesellschaft einfügen und ihre individuellen Chancen auf ein glückliches Leben ergreifen können.

Es gilt das Prinzip des „Förderns und Forderns“. Klar ist daher: Jeder, der in Oberösterreich leben will, muss unsere Regeln des Zusammenlebens achten. Das Erlernen der deutschen Sprache, die Bereitschaft, sich am Arbeitsmarkt einzubringen und nach unseren Werten einer emanzipierten, gleichberechtigten und freien Gesellschaft zu leben, sind die entscheidenden Bedingungen, damit Integration funktioniert.

Wir als OÖVP stehen für Toleranz und Vielfalt, gleichzeitig fordern wir aber Respekt vor unseren Bräuchen und Traditionen ein.

### **„Integrationsvereinbarung“ für Asylwerber mit Bleibeberechtigung**

In Oberösterreich soll eine sogenannte „Integrationsvereinbarung“ für Asylwerber mit Bleibeberechtigung verankert werden. Diese Vereinbarung informiert über die Grundregeln des Zusammenlebens - wie beispielsweise die Regeln der Demokratie, das Gewaltverbot oder die Gleichstellung von Frauen und Männern - und über die Integrationsmaßnahmen, die von Menschen in Österreich erwartet werden, um soziale Sicherheit und ein positives Zusammenleben zu gewährleisten.

### **Fokus auf das Erlernen der deutschen Sprache**

Die wichtigste Voraussetzung, um Integration erfolgreich zu ermöglichen, ist das Erlernen der deutschen Sprache – und zwar vom ersten Tag an. Daher wollen wir in Oberösterreich Sprachförderungen für alle Altersgruppen anbieten.

Laut OECD-Studie sprechen 70 Prozent der Migranten zuhause nicht Deutsch. Es fehlt somit oftmals an der erforderlichen Übungszeit zum Erlernen der deutschen Sprache. Bildung, Gemeinschaft, Arbeit, gesellschaftliches Engagement, diese



wichtigen Bausteine der Integration sind nur dann möglich, wenn man auch die Landessprache versteht und verwenden kann. Deshalb soll auch in allen oberösterreichischen Schulen in den Pausen Deutsch gesprochen werden.

### **Rasche Integration in den Arbeitsmarkt**

Ziel ist es, Asylberechtigte durch Beratungen und Qualifizierungsmaßnahmen bestmöglich und rasch in den Arbeitsmarkt zu integrieren, damit diese ihren Lebensunterhalt verdienen können.

### **Wer Straftaten begeht, hat sein Gastrecht verwirkt**

Die Politik hat die Pflicht, für Sicherheit im Land zu sorgen. Unsere gesetzlichen Bestimmungen gelten selbstverständlich auch für Asylwerber. Das bedeutet konsequentes Einschreiten, wenn sich jemand nicht an unser Rechtssystem hält.

Gerade im Hinblick auf die Vorfälle und Übergriffe, die sich am Linzer Hauptbahnhof zugetragen haben, muss unmissverständlich klar gemacht werden: Wer Straftaten begeht, der hat sein Gastrecht verwirkt und muss mit allen bestehenden Sanktionsmöglichkeiten bis hin zur Ausweisung und Abschiebung rechnen.

Wir garantieren den Bürgern, dass Oberösterreich sicher bleibt. Das schließt für uns auch stärkere Polizeipräsenz und schärfere Kontrollen an Brennpunkten und den vermehrten Einsatz von Videoüberwachung mit ein.

### **Kein Platz für Fremdenfeindlichkeit**

Radikalismus und Fremdenfeindlichkeit haben in Oberösterreich nichts verloren. Wir sind ein selbstbewusstes und offenes Land, geprägt von Solidarität, gegenseitigem Respekt und dem Weg des Zusammenhalts. Rassismus und Radikalismus – egal ob links, rechts oder religiös motiviert – gilt es mit allen Mitteln des Rechtsstaates entgegenzuwirken.